

Gründungsparteitag DIE LINKE. Thüringen

Bodo Ramelow, stellv. Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Deutschen Bundestag und Fusionsbeauftragter

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben uns nicht hier versammelt als Selbstzweck, weil auch die Partei, die wir jetzt bilden, kein Selbstzweck ist.

Wir wollen mit dieser Partei und mit diesem Parteibildungsprozess und mit dieser Verschmelzung zweier Parteien eine gesamtdeutsche Perspektive eröffnen, damit von links die Themen in der Gesellschaft wieder mit größerem Druck auf die Tagesordnung kommen. Es ist dringend und bitter notwendig, dass wir wieder Wind und starken Wind von links bekommen. Und ich verweise einmal, da oben sind die Schilder von den Nordhäuser Freunden von Bike Systems, ein Unternehmen, das von einem Hedgefonds gekauft wird, indem die Maschinen geräubert werden und die Mitarbeiter vor die Tür gesetzt werden und nicht einmal das gültige Arbeitsrecht in Deutschland angewendet wird. Das sind die Manchester-Methoden, die mittlerweile in Deutschland um sich greifen. Deswegen sind wir auf der Seite der Mitarbeiter von Bike Systems.

Aber Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen auch die Kraft entwickeln, damit im Bundestag die Zulassung für Hedgefonds zurückgenommen wird. Das Problem ist eben nicht, die Kolleginnen und Kollegen, die zum Schluss allein gelassen werden. Das Problem ist eine Finanzpolitik, die riesige Finanzmassen mittlerweile in diesen Sozialstaat alles

aufkaufen, was sie kriegen können, um es zu verwerten im turbokapitalistischen Sinne. Dem muss man in den Arm fallen.

Genossinnen und Genossen,

Otto Ohrdruf, Bike Systems, steht nicht alleine. Otto Ohrdruf ist aus Steuergeldern kofinanziert worden. Deswegen müssen wir politisch dafür sorgen, dass es nicht zulässig ist, dass man diese Mitarbeiter in die dritte, vierte oder fünfte Firma packt immer mit dem Ziel, den ehemals bestandenen Tarifvertrag zu unterlaufen. Im Mittelpunkt muss stehen, dass Betriebe, die mit Steuergeldern finanziert worden sind, die sozialen Standards einhalten müssen und nicht sie zerstören. Deswegen müssen wir das, was in dieser Woche im Landtag von der SPD eingebracht worden ist, gleichfalls wieder auf die Tagesordnung holen und deswegen gibt es eben auch eine Partnerschaft mit Partnern, bei denen wir bundespolitisch sagen, es ist nicht alles der gleiche Weg, den wir dort gehen. Aber wenn ein Tariftreuegesetz und ein Vergabegesetz auf die Tagesordnung in den Thüringer Landtag kommt, muss das von uns gemeinsam durchgesetzt werden, weil die Tariftreue entscheidet darüber, ob im Wettbewerb noch Standards Gültigkeit haben oder die Menschen nur noch verhöhnt werden.

Genossinnen und Genossen,

liebe Freunde,

wir hatten am Samstag von der IG BAU hier eine bundesweite Konferenz. Da habe ich einiges dazugelernt. Selbst wenn ein gesetzlicher Mindestlohn existiert, wie im Gebäudereinigerhandwerk, und ich bin froh, dass Müntefering da mal die Kraft hatte, das in den Kanon der Mindestlöhne aufzunehmen, aber dass man das anschließend bei der Vergabe die Putzleistung auf 700 Quadratmeter pro Stunde erhöht, das ist die Verhöhnung der Menschen. Deswegen muss man auch dafür sorgen, dass der Mindestlohn nicht nur ein theoretisches Konstrukt ist,

sondern er muss praktische Ausprägung für alle Menschen haben. 8 Euro für jeden Menschen in diesem Land, der arbeiten geht, mit seiner Hände Arbeit muss man seine Familie und seine Existenz absichern können. Deswegen brauchen wir gesamtdeutsch einen gesetzlichen Mindestlohn.

Und lasst mich eine Bemerkung machen. Ich bin nun 17 Jahre hier in Thüringen. Ich habe 17 Jahre den Prozess der Deutschen Einheit auf der hiesigen Seite erlebt. Ich will das einmal an einem Beispiel sagen. Wenn Bischofferode heute produzieren würde, würden sie schwarze Zahlen schreiben. Wir sind alle belogen worden. Die Kalikumpel, die Steuerzahler und im Kern hat man Wettbewerbsverzerrung bei der Vernichtung der Kalistrukturen im Osten gemacht. Auch daran müssen wir erinnern, nicht nur im Sinne von Nostalgie, sondern im Sinne auch von kapitalistischen Verbrechen an Menschen und Strukturen. Und deswegen sage ich, pfui Herr Mohring, reden Sie einmal darüber, was Ihre Landesregierung verursacht und verantworten muss. Und wenn davon geredet wird von Herrn Mohring, dass wir als neue Partei vom Verfassungsschutz observiert sein sollen, kann ich nur sagen, vielen Dank Herr Mohring, Ihre Landesregierung praktiziert es in meinem Fall seit vielen Jahren und ich weiß bis heute noch nicht warum. Aber ich kann versprechen, wir werden bei den Gerichten durchsetzen, dass Rechtsmaßstäbe und Rechtsstandards auch für eine Thüringer Landesregierung ihnen endlich übergeholfen werden müssen. Deswegen vertraue ich auf die Thüringer Gerichtsbarkeit, die dann Herrn Althaus in den Arm fallen wird. Er hat mir zweimal angeboten, meine Akte könnte man ja schreddern. Ich habe gesagt, sie wird nur geschreddert, wenn ich sie vorher gesehen habe. Ich will wissen, warum Ihr Euch selber berechtigt, einzelne Vertreter im Landtag zu observieren, ohne dass Ihr bis heute einen Grund benannt habt. Und deswegen diese pauschale Verunglimpfung von Herrn Mohring disqualifiziert diesen Herrn Mohring als das, was er ist, ein Kleingeist, der nur kläffend und beißend

ablenken will von 17 Jahren schwarzer Traurigkeit. Thüringen hat eine bessere, Thüringen hat eine andere Landespolitik verdient. Lasst uns darum kämpfen.

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, auf Bundesebene vollzieht sich eine Neuordnung der Gesamtpartei. In Thüringen ist der Akt, den wir als Aufbruch heute organisieren, ein kleiner Schritt für uns, aber gesamtdeutsch sind es zehn Landesverbände, die völlig neu sich positionieren an diesen Wochenenden. In unserem Nachbarland Hessen, und ich sage das deswegen mit besonderer Betonung, Nachbarland Hessen und unser Partnerland Hessen werden wir gemeinsam mit dem dortigen Landesverband der LINKEN die Landtagswahlen für den Frühjahr kommenden Jahres vorbereiten. Ich appelliere an Euch alle, dass wir gemeinsam den hessischen KollegInnen und Genossen und Freunden helfen, damit auch in Hessen in den Landtag die rote Farbe deutlich sichtbar wird und wir den Aufbruch als Parteibildung nehmen, um in die Landtage zu kommen.

Bremen ist eben nicht irgendwie ein Betriebsunfall in irgendeiner Stadt. Bremen ist der Aufgalopp für mehr soziale Gerechtigkeit und ich sage das auch in Anwesenheit eines SPD-Vertreters hier, ich glaube, die LINKEN in der SPD freuen sich darüber, wenn wir mehr frischen Wind reinbringen, damit sie auch Luft zum Atmen in ihrer eigenen Partei haben. Ich glaube, dass man insgesamt dafür sorgen muss, dass linke Ideen wieder in den Vordergrund kommen, damit die rechte Traurigkeit in diesem Land bekämpft wird, dass ist eben nicht nur Althaus mit einem schwarzen Einerlei-Politik, sondern eine Finanzpolitik, bei der die Themen der Menschen nicht mehr auf der Tagesordnung stehen.

Also wir wollen, dass Hedgefonds die Zulassung entzogen kriegt.

Wir wollen, dass Private Aquitie Fonds so gestaltet werden, dass sie kontrolliert werden wie jede andere Bank auch.

Kapitalmacht muss kontrollierbar gestaltet werden und muss sozial begrenzt werden.

Und ich verweise auf den Artikel 142 Grundgesetz. Ja, Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, wir können die Systemfrage stellen, wir müssen sie stellen. Artikel 142 zwingt uns. Eigentum verpflichtet. Und Artikel 15 sagt, wenn das Eigentum anfängt, Sonderprofite abzuleiten, meine Worte will ich dazu wählen, da muss man auch verstaatlichen können und verstaatlichen wirken. Und wenn wir morgen über Energiepolitik reden, dann müssen wir zuallererst darüber reden, dass Stromnetze und Gasnetze, Nahversorgungssysteme und Postdienste wieder in die öffentliche Hand zurück müssen.

Und eins, Genossinnen und Genossen, 2008 haben wir die Aufgabe als Thüringer, die Hessen zu unterstützen.

2009 haben wir die Aufgabe als Landespartei und alle anderen Partner mit uns zusammen, in den Landtagswahlkampf zu ziehen und deutlich zu machen, Herr Althaus hat abgewirtschaftet. 19 Jahre danach ist Schluss. Die CDU soll sich in der Opposition regenerieren. Herr Mohring empfehle ich dann genügend Zeit für seine private Fortbildung, damit er auch einmal einen Berufsabschluss bekommt. Ich glaube, es wird Zeit, dass wir in Thüringen uns Mut machen, dass Politik anders geht. Bildungspolitik geht anders und muss mit uns verbunden sein. Längeres gemeinsames Lernen ist unser Ziel, bleibt unser Ziel und muss durch- und umgesetzt werden.

Und eine weitere Geschichte will ich auch klar sagen. Wir brauchen einen Energiewechsel. Eine Energiewende, wenn ein Masterplan für eine andere Form der Energiepolitik, die Prof. Methling in Mecklenburg-Vorpommern schon begonnen hat, müssen wir konsequent umsetzen in Thüringen. Wir sollten eben nicht nur darüber uns zerstreiten, ob die 380 KV-Leitung von Vattenfall richtig oder nicht richtig ist. Ich will, dass Vattenfall das ganze Netz weggenommen bekommt und ich will, dass wir dann über mehr regenerative Energie in

Thüringen selber debattieren und Fördermittel dafür einsetzen, dass Kraft-Wärme-Kopplung, Windräder und andere Möglichkeiten in den Mittelpunkt unserer Debatte gestellt werden.

Und eine Bemerkung, ja, wir sollten auch so arrogant sein und sagen, Thüringen ist klein genug und kraftvoll genug, die modernste Verwaltung der ganzen Bundesrepublik aufzubauen. Statt uns vom Föderalismus niederringen zu lassen, dass man in Zukunft mit Schuldenbremsen, Schulden, die die CDU aufgehäuft hat, 16 Mrd. Euro Schuldenbilanz von Herrn Althaus, jedes Jahr eine Milliarde dazu, das zu der Landespolitik, die Herr Althaus zu vertreten hat in sonstige finstere Kanäle, wo das Geld alles abgeflossen ist, CDA Albrechts und andere Sachen, will ich nur erinnern, 16 Mrd. – Tendenz steigend Schuldenpolitik, da soll jetzt eine Schuldenbremse eingezogen werden, fordern die Südstaaten – Baden-Württemberg, Bayern. Und es soll auf Einkommensteuern dann ein Zuschlag drauf gegeben werden. D. h. die Bürger in Thüringen sollen in Zukunft bis zu 40 % höhere Einkommensteuer zahlen, um die Schulden zu bezahlen, die andere gemacht haben. Deswegen sagen wir, ja, bundespolitisch, Börsenumsatzsteuer und andere Steuern wollen wir einführen.

Landespolitisch wollen wir die Verwaltung so ausrichten, dass wir im föderalen Wettbewerb in der Lage sind, mit dem besten Bildungssystem und der besten Verwaltung zu punkten. Lasst uns ein Leitbild diskutieren.

Und das ist nach Heute unsere Aufgabe bis zum nächsten Parteitag, ein Leitbild das heißt – Investorenlotsen und Bürgerservicebüros, das sind unsere Antworten auf zu viel Bürokratie. Statt also die Bediensteten im öffentlichen Dienst an den Pranger zu stellen, laden wir sei ein, dieses Land umzugestalten. Lasst uns also die Parteibildung auch nutzen, diese Wege zu gehen, dann wird mir nicht bange, dass wir Herrn Althaus in die Opposition verabschieden.

Eins möchte ich am Schluss sagen, in die Schule zurück möchte ich ihn nicht haben. Also insoweit erinnere ich dann Herrn Mohring an die Verantwortung der Blockpartei – CDU – die lang genug hier Mitverantwortung getragen hat,

aber 17, dann 19 Jahre die Verantwortung für schwarze Traurigkeit ganz alleine hatte. Insoweit, Genossinnen und Genossen, ist das Zurückführen in die Produktion keine hilfreiche Angelegenheit für Herrn Trautvetter. Der soll über den Rennsteig wandern und singen und Herr Althaus mag in den Ruhestand gehen. Ich finde die CDU ist gut aufgehoben in der Opposition. Vielen Dank.